



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 03. Juli 2012

P125102

Schriftliche Anfrage Urs Müller-Walz betreffend Arbeitnehmer- und KMU-Schutz durch bilaterale Verträge mit der EU akut gefährdet

- ://: 1. Der vorgelegte Antwortentwurf wird zur Ausfertigung und Weiterleitung an den Grossen Rat genehmigt.

Begründung

Die flankierenden Massnahmen zum Abkommen über die Personenfreizügigkeit gewähren grundsätzlich eine wirksame Überprüfung des Arbeitsmarktes in Basel. Im Rahmen der jetzigen Revision der Flankierenden Massnahmen werden gewisse Lücken geschlossen, insbesondere betreffend die Scheinselbstständigkeit. Die Haftung von Erstunternehmungen für Subunternehmungen wurde jetzt noch ausgeklammert, sie soll aber im Herbst Gegenstand einer neuen bundesrätlichen Vorlage sein. Der Regierungsrat begrüsst die geplanten Änderungen, die den Vollzug der Entsendegesetzgebung durch die Paritätischen Kommissionen und den Kanton effektiver machen werden.

